

Vereinbarung über die Eingliederung der Gemeinde Önsbach in die Stadt Achern

Vorspruch

In Anbetracht der wachsenden wirtschaftlichen Entwicklung in unserem Raume und angesichts der gemeinschaftlichen Verpflichtung, das Wohl der Bürger zu fördern sowie der Tatsache, daß die zunehmenden kommunalen Gemeinschaftsaufgaben unserer modernen Gesellschaft in der Gemeinschaft einer größeren Verwaltungseinheit besser erfüllt werden können, haben zwischen der Stadt Achern und der Gemeinde Önsbach Verhandlungen stattgefunden, die aufgrund der §§ 8 und 9 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GO) vom 25.07.1971 (GBl. S. 314) abgeschlossen wird.

I. Allgemeines

§ 1 Eingliederung

Die Gemeinde Önsbach wird als Ortschaft mit der Bezeichnung Achern-Önsbach in die Stadt Achern eingegliedert.

§ 2 Rechtsnachfolge

Die Stadt Achern tritt als Gesamtrechtsnachfolgerin mit dem Tage des Inkrafttretens der Eingliederung in alle Rechte und Pflichten der Gemeinde Önsbach ein.

Die bisherigen Gemarkungsgrenzen bleiben als Stadtteilgrenzen grundsätzlich unberührt. Eventuelle Änderungen sind nur aus wichtigem Grund und nur nach Anhörung des Ortschaftsrats möglich.

§ 3 Rechte und Pflichten der Bürger und Einwohner

1. Die Bürger der eingegliederten Gemeinde Önsbach werden mit der Eingliederung Bürger der Stadt Achern. Sie haben die gleichen Rechte und Pflichten wie die Bürger dieser Stadt, soweit nicht in den §§ 12 und 13 hinsichtlich der Steuern, Gebühren und Beiträge sowie sonstigen öffentlichen Abgaben etwas anderes vereinbart ist.
2. Allen Einwohnern bleibt, soweit der Wohnsitz oder der Aufenthalt in der bisherigen Gemeinde Önsbach für Rechte und Pflichten maßgebend ist, der bisherige Status erhalten.
3. Für den Bürgernutzen gilt die gesetzliche Regelung (§ 83 GO).

II. **Ortschaftsverfassung und örtliche Verwaltung**

§ 4 **Einführung der Ortschaftsverfassung**

1. Die Stadt Achern verpflichtet sich, durch Änderung ihrer Hauptsatzung die Ortschaftsverfassung im Sinne der §§ 76 b ff. GO einzuführen.
2. Die eingegliederte Gemeinde Önsbach erhält die Rechte einer Ortschaft nach den in Abs. 1 genannten Bestimmungen.

§ 5 **Zahl der Ortschaftsräte**

Die Zahl der Ortschaftsräte entspricht der Zahl der bisherigen Gemeinderäte (§ 25 GO). Bis zur nächsten regelmäßigen Gemeinderatswahl sind die bisherigen Gemeinderäte die Ortschaftsräte.

§ 6 **Aufgaben und Rechtsstellung des Ortschaftsrates**

1. Für die Aufgaben und Rechtsstellung des Ortschaftsrates in der Ortschaft Önsbach gilt § 76 d GO.
2. Wichtige Angelegenheiten der Ortschaft, zu denen der Ortschaftsrat zu hören ist, sind insbesondere:
 - a) Einrichtung und Fortbestand der örtlichen Verwaltung,
 - b) die Veranschlagung von Haushaltsmitteln für alle Angelegenheiten, die die Ortschaft betreffen,
 - c) die Errichtung, wesentliche Erweiterung und Aufhebung von öffentlichen Einrichtungen,
 - d) der Ausbau und die Unterhaltung der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung,
 - e) der Bau und die Unterhaltung von Straßen und Wirtschaftswegen,
 - f) die Aufstellung von Bauleitplänen,
 - g) die anderweitige Nutzung der im Flächennutzungsplan ausgewiesenen land- und forstwirtschaftlichen Flächen,
 - h) der Erlaß, die Aufhebung oder Änderung von Satzungen und Polizeiverordnungen,
 - i) die Festsetzung von Abgaben und Tarifen,
 - j) die Angelegenheiten der Feuerwehr,
 - k) Benennung von öffentlichen Straßen und Plätzen.
3. Die Stadt Achern verpflichtet sich, durch Änderung ihrer Hauptsatzung dem Ortschaftsrat folgende Angelegenheiten zur Entscheidung zu übertragen, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung oder dem Bürgermeister sonst übertragene Aufgaben handelt und § 76 d Abs. 2 letzter Satz GO nicht entgegensteht:

- a) Vollzug des Haushaltsplanes im Rahmen der für die Ortschaft zugewiesenen Haushaltsmittel, insbesondere
 - 1. Vergabe von Arbeiten und Lieferungen im Einzelfall von mehr als DM 5000,-- bis DM 30000,--,
 - 2. Verkauf von beweglichem Vermögen von mehr als DM 5000,-- bis DM 10000,-- im Einzelfall.
 - b) Ausgestaltung und Benützung von folgenden Einrichtungen:
 - 1. der Kultur- und Sportpflege,
 - 2. der Park- und Grünanlagen,
 - 3. des Friedhofs,
 - 4. des Kinderspielplatzes.
 - c) die Angelegenheiten der örtlichen Vereine,
 - d) die Pflege des Ortsbildes,
 - e) Vattertierhaltung bzw. künstliche Besamung,
 - f) die Jagdverpachtung einschließlich Wildschadensverhütung und Wildschadensregelung,
 - g) die Fischereiverpachtung.
4. Die Niederschriften über die Sitzungen des Ortschaftsrates, in denen selbständige Entscheidungen getroffen wurden, sind in der darauffolgenden Gemeinderatssitzung bekanntzugeben.
 5. Ist zweifelhaft, ob für die Behandlung einer Angelegenheit der Gemeinderat oder der Ortschaftsrat zuständig ist, so ist die Zuständigkeit des Gemeinderats anzunehmen.

§ 7 Örtliche Verwaltung

1. In der Ortschaft Önsbach wird eine örtliche Verwaltung eingerichtet. Das bisherige Bürgermeisteramt Önsbach bleibt als örtliche Verwaltungsstelle (Ortsverwaltung) weiter bestehen. Dies gilt auch für die Aufgaben der Freiwilligen Gerichtsbarkeit, soweit dies rechtlich zulässig ist, ausgenommen das Grundbuchamt.
2. Die Stadt verpflichtet sich, die Bildung eines eigenen Standesamtsbezirks zu beantragen.
3. Das archiwwürdige Schriftgut der bisherigen Gemeinde Önsbach verbleibt unter Beachtung der Akten- und Archivordnung vom 29.06.1964 (GBl. S. 279) bis auf weiteres bei der örtlichen Verwaltung.

§ 8 Aufgaben und Rechtsstellung des Ortsvorstehers

1. Für die Aufgaben und die Rechtsstellung des Ortsvorstehers in der Ortschaft Önsbach gilt § 76 e GO.
2. Der Bürgermeister wird den Ortsvorsteher mit seiner Vertretung in folgenden Angelegenheiten der Ortsverwaltung beauftragen:

1. Einstellung, Entlohnung bzw. Vergütung und Entlassung aller Arbeiter sowie aller Angestellten der Verg. Gruppen X bis VIII BAT im Rahmen des Stellenplanes,
 2. Einstellung, Bemessung der Vergütung bzw. Entlohnung und Entlassung von Aushilfsangestellten nach Verg. Gruppen X bis VIII BAT und Aushilfsarbeitern auf 6 Monate,
 3. Vollzug des Haushaltsplanes, und zwar
 - a) Vergaben von Arbeiten und Lieferungen im Rahmen der dem Stadtteil Önsbach zugewiesenen Haushaltsmittel bis zu DM 5000,-- im Einzelfall,
 - b) Verkauf von beweglichem Vermögen bis zu DM 5000,-- im Einzelfall,
 - c) Verträge über Nutzung von bebauten und unbebauten Grundstücken mit einem jährlichen Miet- oder Pachtwert bis einschließlich DM 2000,--.
 4. Die Bestellung von Bürgern zur ehrenamtlicher Tätigkeit bei Gemeinde-, Landes- und Bundeswahlen sowie bei Zählungen aller Art.
3. Der Ortsvorsteher wird zum Standesbeamten bestellt.
4. Der Bürgermeister kann weitere Aufgaben auf den Ortsvorsteher übertragen. Eine Änderung der in Abs. 2 genannten Aufgaben ist nur nach Anhörung des Ortschaftsrates möglich.

§ 9

Übernahme und Verwendung des bisherigen Bürgermeisters

1. Der Bürgermeister der bisherigen selbständigen Gemeinde wird als Ortsvorsteher übernommen.
2. Die erste Amtszeit als Ortsvorsteher endet zu dem Zeitpunkt, zu dem die Amtszeit als Bürgermeister ablaufen würde. Für die Wiederwahl gilt § 2 Abs. 2 des Zweiten Gesetzes zur Stärkung der Verwaltungskraft der Gemeinden vom 28.07.1970 (GBl. S. 419).
3. Im Falle einer Nichtwiederwahl oder bei Aufhebung der Ortschaftsverfassung nach Ablauf der Amtszeit wird Bürgermeister Hodapp als Beamter auf Zeit unter Wahrung seines bis dahin erworbenen Besitzstandes in leitender Stellung von der Stadtverwaltung Achern entsprechend seiner Tätigkeit mit allen Rechten und Pflichten übernommen. Auf Antrag kann er auch als Beamter auf Lebenszeit übernommen werden, sofern die beamtlichen Vorschriften gegeben sind.
4. Der Ortsvorsteher untersteht direkt dem Bürgermeister. Er nimmt an den Verhandlungen des Gemeinderats mit beratender Stimme teil.

§ 10

Übernahme der Bediensteten

Die Bediensteten (auch evtl. Teilzeitbeschäftigte) der Gemeinde Önsbach werden mit allen Rechten und Anwartschaften aus ihrem bisherigen Dienstverhältnis in den Dienst der Stadt Achern übernommen. Sie werden ihrer Ausbildung und ihrer bisherigen Tätigkeit entsprechend eingesetzt.

§ 11

Vertretung der Gemeinde Önsbach im Gemeinderat der Stadt Achern

1. Die Stadt Achern gewährleistet durch entsprechende Ausgestaltung ihrer Hauptsatzung im Wege der unechten Teilortswahl nach § 27 GO eine den örtlichen Verhältnissen und dem Bevölkerungsanteil der eingegliederten Gemeinde Önsbach angemessenen Vertretung im Gemeinderat.
2. Die Stadt Achern wird durch Hauptsatzung bestimmen, daß für die Zahl der Gemeinderäte die nächsthöhere Gemeindegrößengruppe maßgebend ist.
3. Die Beteiligten sind sich darüber einig, daß die Sitzverteilung vor den jeweils fälligen allgemeinen Gemeinderatswahlen, erstmals jedoch vor der Wahl im Jahre 1974, festgesetzt bzw. überprüft und gegebenenfalls den geänderten Verhältnissen angepaßt wird. Die Stadt Achern wird dabei darauf achten, daß erforderlichenfalls durch entsprechende Zusammenfassung von Ortschaften zu Wohnbezirken im Sinne des § 27 GO eine angemessene Vertretung der Ortschaften im Gemeinderat gewährleistet bleibt.
4. Bis zur nächsten regelmäßigen Gemeinderatswahl nach Inkrafttreten der Vereinbarung gehören dem Gemeinderat der Stadt Achern 4 Gemeinderäte der eingegliederten Gemeinde Önsbach an. Sie werden vom Gemeinderat der eingegliederten Gemeinde vor Inkrafttreten dieser Vereinbarung gewählt, der dabei auch die Reihenfolge der übrigen Gemeinderäte als Ersatzmänner bestimmt (§ 9 Abs. 1 Satz 5 GO).

§ 12

Ortsrecht

1. Das bisherige Ortsrecht der Gemeinde Önsbach bleibt aufrechterhalten, bis es durch neues Ortsrecht ersetzt wird oder aus anderen Gründen außer Kraft tritt.
2. Das Ortsrecht ist bis spätestens 01.07.1973 anzugleichen, sofern in § 13 nichts anderes bestimmt ist.
3. Die Hauptsatzung der Stadt Achern wird in dem künftigen Stadtteil Önsbach auf den Tag der Eingliederung in Kraft gesetzt.

§ 13

Gemeindeabgaben

1. Die Satzungen über Hundesteuer und Vatertierhaltung bleiben bis 31.12.1977 unverändert.
2. Unverändert bleiben auch die Satzung über den Anschluß an die öffentliche Wasserversorgung und die Abgabe von Wasser (Wasserabgabesatzung) sowie die Satzung über die öffentliche Entwässerung, solange die Wasserversorgung und die Entwässerung von Önsbach jeweils selbständige Einrichtungen sind und kostendeckend geführt werden.

§ 14

Schule, kulturelle Einrichtungen und Vereine

1. Die Stadt Achern wird sich für die Erhaltung der derzeitigen Grund- und Hauptschule einsetzen.
2. Das örtliche Brauchtum und das kulturelle Eigenleben der bisherigen Gemeinde Önsbach bleiben unangetastet. Es soll sich auch weiterhin frei und ungehindert entfalten können.
3. Die Stadt Achern wird alle in der Gemeinde Önsbach vorhandenen caritativen, kirchlichen, kulturellen, sportlichen und sonstigen Vereinigungen und Einrichtungen in derselben Weise fördern bzw. unterstützen wie die Einrichtungen der Stadt Achern. Die den Vereinen zu gewährenden Zuschüsse dürfen nicht geringer sein, als dies zur Zeit der Fall ist.

§ 15

Gegenwärtige und künftige Vorhaben

1. Die Stadt Achern verpflichtet sich, vom Tage des Inkrafttretens dieser Vereinbarung an, alle in der bisherigen Gemeinde Önsbach entstehenden und künftig anfallenden gemeindlichen Aufgaben zu erfüllen.
2. Hierbei werden die vorhandenen und im Entwurf fertiggestellten Bauleitpläne beibehalten, soweit sie einer neu aufzustellenden Bauleitplanung, die aus Gründen des Gemeindegemeinschaftszusammenschlusses notwendig wird, nicht widersprechen.
3. Im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen, nach Maßgabe der jeweiligen finanziellen Möglichkeiten, wobei außerordentliche und den Zusammenschluß begünstigende Finanzaufweisungen angemessen berücksichtigt werden - und unter angemessener Berücksichtigung der Belange der gesamten Stadt - wird die Stadt Achern in der Ortschaft Önsbach in den angegebenen Jahren folgende Investitionen durchführen:

1973	- Park- und Trainingsplatz -Anbau der Turnhalle - Neubaugebiet "Oberes Rot": Kanalisation Straße Wasserleitung
1974	- Neubaugebiet "Oberes Rot": Kanalisation Straße Wasserleitung
1975	- Neubaugebiet "Oberes Rot": Kanalisation Straße Wasserleitung
1976	- Feuerwehrfahrzeug LF 8 - Feldwegeausbau - Ausbau Ortsbeleuchtung - Ölheizung Rathaus und Feuerwehrgerätehaus - Kanalisation Mösbacher Straße und Katzenfeld

- 1977 - Ortskernsanierung (Teil): Katzenfeld, Kirchstraße, Brunnenstraße, Friedhofsstraße
- Straßeninstandsetzung Mösbacher Straße
- 1978 – 1981 - Ortskernsanierung lt. Kostenvoranschlag Ziff. 3 - 10 und Straßenneubau Ziff. 1

- Beteiligung am Abwasserzweckverband "Vorderes Renchtal"

Der Ortschaftsrat kann diese Reihenfolge aus wichtigen Gründen ändern.

4. Für diese innerhalb der nächsten 9 Jahre im Stadtteil Önsbach durchzuführenden Investitionen ist jährlich mindestens ein Betrag in Höhe der Sonderzuweisungen nach § 34 a FAG (Nettobeträge) zuzüglich DM 110 000,-- (durchschnittlicher rechnungsmäßiger Investitionsbetrag der Jahre 1969 - 1971) bereitzustellen.
5. Die Stadt Achern wird im übrigen im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten die Infrastruktur der eingegliederten Gemeinde Önsbach als Teil des Gesamtstadtgebietes sinnvoll und zweckmäßig weiterentwickeln.

§ 16

Anschluß- und Benutzungszwang

Der Anschluß- und Benutzungszwang für öffentliche Einrichtungen wird in dem Stadtteil Önsbach nach Maßgabe des § 11 GO eingeführt, wenn und soweit ein öffentliches Bedürfnis besteht.

III.

Übergangs- und Schlußbestimmungen

§ 17

Begünstigung Dritter

Soweit etwa durch die Bestimmungen dieser Vereinbarung andere natürliche oder juristische Personen als die vertragsabschließenden oder die in der Vereinbarung genannten Personen begünstigt werden, erheben diese aus der Vereinbarung keine Rechtsansprüche gegenüber der Stadt Achern.

§ 18

Regelung von Streitigkeiten

1. Vorstehende Vereinbarung ist im Geiste der Gleichberechtigung und Vertrauensstreue getroffen worden. Auftretende Fragen sind in diesem Geiste gütlich zu klären.
2. Bei Streitigkeiten über diese Vereinbarung wird die eingegliederte Gemeinde bis zur Gemeinderatswahl im Jahre 1979 durch die Mitglieder des jeweiligen Ortschaftsrates vertreten (§ 9 Abs. 1 Satz 4 GO).

3. Bestehen über Fragen auf dem Gebiet der Bauleitplanung, der Flächennutzung und des Wohnungsbaues Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Ortschaftsrat und den für diese Angelegenheit zuständigen Organen, die sich auf anderem Wege nicht beheben lassen, so ist die Angelegenheit vor der Entscheidung dem Vermittlungsausschuß zur erneuten Beratung zu überweisen. Der Vermittlungsausschuß besteht aus dem Bürgermeister der Stadt Achern als Vorsitzendem, dem Ortsvorsteher sowie jeweils drei Mitgliedern des Gemeinderates und des Ortschaftsrates.

§ 19

Regelung örtlicher Angelegenheiten

Zur Regelung örtlicher Angelegenheiten wird mit der Gemeinde ein Aufgabenkatalog erstellt.

§ 20

Verpflichtungserklärung in der Übergangszeit

Die eingegliederte Gemeinde Önsbach verpflichtet sich mit sofortiger Wirkung nach Unterzeichnung dieser Vereinbarung, bis zum Inkrafttreten der Eingliederung in die Stadt Achern, keinerlei Gemeindeeigentum zu veräußern oder zu erwerben (Ausnahme Baugelände) noch sonstige für die Zeit nach der Eingliederung bindende Verpflichtungen zu treffen, ohne das Einvernehmen der Stadt Achern herzustellen.

§ 21

Inkrafttreten

Die Vereinbarung tritt am 01. Januar 1973 in Kraft, sofern nicht durch die Obere Rechtsaufsichtsbehörde etwas anderes festgelegt wird.

Önsbach, den 14. Juli 1972

Achern, den 14. Juli 1972

gez. Hodapp
Bürgermeister

gez. Rosenfelder
Bürgermeister

Genehmigung des RP vom 14.08.72 Az: 12/21/0105/271